



KOA 1.960/17-087

Bescheid

I. Spruch

1. Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) stellt im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2016, gemäß §§ 60, 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, fest, dass der Tourismusverband Paznaun-Ischgl als Betreiber des Kabelfernsehprogramms „Ischgl Live“ die Bestimmung des § 9 Abs. 4 AMD-G dadurch verletzt hat, dass für das Jahr 2016 bis zum 31.12.2016 keine Aktualisierung der in § 9 Abs. 2 AMD-G genannten Daten erfolgt ist.
2. Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G wird festgestellt, dass es sich bei der Rechtsverletzung gemäß Spruchpunkt 1. um keine schwerwiegende Verletzung des AMD-G handelt.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 28.02.2017 leitete die KommAustria gegen den Tourismusverband Paznaun-Ischgl gemäß §§ 60, 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 AMD-G ein Rechtsverletzungsverfahren wegen Verletzung der Aktualisierungspflicht gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G ein und räumte eine Möglichkeit zur Stellungnahme ein.

Mit mehreren Schreiben vom 02.03.2017 und vom 03.03.2017 nahm der Tourismusverband Paznaun-Ischgl zum Schreiben der KommAustria Stellung. Darin wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass es im November 2016 Probleme bei der Anmeldung im e-RTR-Portal gegeben habe und die Absicht bestanden habe, die Daten einzumelden. Am 25.11.2016 habe man außerdem ein Schreiben der RTR-GmbH mit der Information erhalten, wonach zukünftige Datenmeldungen ausschließlich über e-RTR einzutragen seien. Die Meldung sei dennoch in der Folge mit Schreiben vom 09.12.2016 schriftlich erfolgt. Insofern gehe man davon aus, dass keine Rechtsverletzung vorliege. Die technischen Probleme hätte die Meldung der Daten zunächst verhindert.

Gleichzeitig leitete der Tourismusverband Paznaun-Ischgl mehrere Schriftwechsel zwischen der RTR-GmbH und Herrn Mag. (FH) Dietmar Walser vor. Dies betrifft im Wesentlichen die Abgabe des Planumsatzes 2017. Außerdem wurde der KommAustria – ebenfalls mit Schreiben vom

02.03.2017 – ein Schreiben der RTR-GmbH betreffend die Information über die Aktualisierungspflicht gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G vom 14.12.2015 übermittelt und diesbezüglich ausgeführt, dass sich an den Daten gemäß § 9 Abs. 2 AMD-G im Jahr 2016 keine Änderungen ergeben haben.

2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Der Tourismusverband Paznaun-Ischgl ist Betreiber des Kabelfernsehprogramms „Ischgl Live“.

Für das Jahr 2016 ist bis zum 31.12.2016 keine Aktualisierung der Daten gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G erfolgt.

Mit Schreiben der RTR-GmbH vom 25.11.2016 wurde Tourismusverband Paznaun-Ischgl auf die Notwendigkeit der Bekanntgabe der Plan- und Istumsatzzahlen hingewiesen. Darin wurde – stets mit Bezug auf die Plan- und Istumsatzzahlen – ausgeführt, dass gebeten werde, zukünftige Datenmeldungen ausschließlich über das eRTR-Portal einzutragen.

Mit Schreiben vom 09.12.2016 hat der Tourismusverband Paznaun-Ischgl der RTR-GmbH mittels Formular für die „Planumsatzmeldung – Medien“ schriftlich mitgeteilt, dass der Planumsatz des Verbandes 0,- betrage. Weitere Meldungen wurden nicht abgegeben.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen hinsichtlich Betreiber des Kabelfernsehprogramms „Ischgl Live“ ergeben sich aus den entsprechenden Akten bei der KommAustria. Die Feststellung zur Abgabe der Meldung des Planumsatzes ergibt sich aus dem vorgelegten Schriftverkehr. Die Feststellungen zum Inhalt des Schreibens der RTR-GmbH vom 25.11.2016 ergeben sich ebenfalls aus den vorgelegten Unterlagen sowie den Akten der RTR-GmbH.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1 Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KOG und § 60 AMD-G obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über Mediendienstanbieter nach den Bestimmungen des AMD-G. Die KommAustria entscheidet über Verletzungen von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gemäß § 61 Abs. 1 AMD-G von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden.

Die Entscheidung besteht gemäß § 62 Abs. 1 AMD-G in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2 Verletzung des § 9 Abs. 4 AMD-G

§ 9 AMD-G lautet auszugsweise:

„Anzeigepflichtige Dienste

§ 9 (1) Fernsehveranstalter, soweit sie nicht einer Zulassungspflicht nach § 3 Abs. 1 unterliegen, sowie Anbieter von Mediendiensten auf Abruf, haben ihre Tätigkeit spätestens zwei Wochen vor Aufnahme der Regulierungsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Anzeige hat neben Namen, Adresse und allfälligen Vertretern und Zustellungsbevollmächtigten des Mediendienstanbieters Nachweise über die Erfüllung der Anforderungen der §§ 10 und 11 zu enthalten. Darüber hinaus hat die Anzeige zu enthalten:

1. im Falle eines Fernsehprogramms Angaben über die Programmgestaltung, das Programmschema, den Anteil der Eigenproduktionen und darüber, ob es sich um ein Voll-, Sparten-, Fenster- oder Rahmenprogramm handelt sowie überdies die maximale Programmdauer, bei Fensterprogrammen deren Anzahl und zeitlicher Umfang;
2. im Falle eines audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf Angaben über den Programmkatalog, insbesondere den Umfang und die angebotenen Sparten und Sendungen;
3. Angaben über den Verbreitungsweg und die Verfügbarkeit (Versorgungsgrad) des audiovisuellen Mediendienstes.

[...]

(4) Die Mediendienstanbieter haben die in Abs. 2 genannten Daten jährlich zu aktualisieren und bis 31. Dezember eines jeden Jahres der Regulierungsbehörde zu übermitteln. Die Regulierungsbehörde hat ein aktuelles Verzeichnis der Mediendienstanbieter zu führen und geeignet zu veröffentlichen.

[...]"

Der Tourismusverband Paznaun-Ischgl ist als Mediendienstanbieter jährlich von sich aus ohne Aufforderung durch die Regulierungsbehörde zur Aktualisierung der Daten des von ihm bereitgestellten Dienstes verpflichtet.

Nachdem bis zum 31.12.2016 keine Aktualisierung der Daten gemäß § 9 Abs. 2 AMD-G erfolgt ist, war die Verletzung der Aktualisierungsverpflichtung gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G für das Jahr 2016 festzustellen (Spruchpunkt 1.).

§ 9 Abs. 4 AMD-G sieht vor, dass jährlich eine Aktualisierung vorzunehmen ist. Ist keine solche erfolgt, hat die KommAustria ein Verfahren zur Feststellung einer Rechtsverletzung zu führen. Es besteht kein Ermessen von der Einleitung eines Rechtsverletzungsverfahrens Abstand zu nehmen. Es ist insoweit auch unerheblich, aus welchen subjektiven, der Sphäre des Mediendienstanbieters zuzurechnenden Gründen keine Aktualisierung erfolgt ist oder ob zu einem späteren Zeitpunkt eine Aktualisierung erfolgt ist. Abzustellen ist ausschließlich auf die Frage des objektiven Vorliegens eines Verstoßes. Fragen einer „subjektiven Tatseite“, insbesondere hinsichtlich eines allfälligen Verschuldens, sind im Rahmen des Rechtsverletzungsverfahrens nicht von Relevanz.

Im vorliegenden Fall ist festzuhalten, dass die Bekanntgabe der Planumsatzdaten gemäß § 35 KOG von der Aktualisierung nach § 9 Abs. 4 AMD-G unabhängig ist und zusätzlich zu erfolgen hat. Daher wurde durch die Bekanntgabe der Planumsatzdaten der Aktualisierungspflicht nach § 9 Abs. 4 AMD-G nicht entsprochen.

Auch die im Jahr 2017 eingelangte Aktualisierung für das Jahr 2016 war verspätet und somit nicht weiter beachtlich.

Der Bestimmung des § 9 AMD-G liegt die Absicht des Gesetzgebers zugrunde, sicherzustellen, dass die zuständige Regulierungsbehörde in die Lage versetzt wird, ein aktuelles Verzeichnis der Mediendienstanbieter führen zu können. Sinn und Zweck dieser Regelung ist es daher, dass die Regulierungsbehörde zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres aktuelle Daten zu den anzeigepflichtigen Mediendienstanbietern verfügbar hat, ohne langwierige und umfangreiche Erhebungen durchführen zu müssen.

4.3 Ausspruch gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G

Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G hat die Regulierungsbehörde in ihren Bescheid im Falle der Feststellung einer Rechtsverletzung einen Ausspruch aufzunehmen, ob es sich um eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Bundesgesetzes handelt.

Die Bestimmung des § 9 AMD-G sieht Anzeige- sowie Aktualisierungsverpflichtungen von Mediendienstanbietern vor. Die KommAustria geht davon aus, dass nicht jeder Verstoß gegen die Anzeigeverpflichtung des § 9 AMD-G eine schwerwiegende Verletzung darstellt. Vielmehr kommt es unter Berücksichtigung der konkreten unterlassenen Verpflichtung auf eine Einzelfallbetrachtung an.

Im vorliegenden Fall handelt es sich bei der jährlichen Aktualisierung um die Meldung von Änderungen bei einem bereits angezeigten Mediendienstanbieter. Die Prüfung der Voraussetzungen für das Anbieten eines Mediendienstes ist bereits mit der Anzeige erfolgt.

Die Überprüfung der Anzeige hat ergeben, dass der angebotene Mediendienst mit den einschlägigen Bestimmungen des AMD-G übereinstimmt.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass der Tourismusverband Paznaun-Ischgl zwar verspätet, dennoch als Folge der Verfahrenseinleitung bekanntgegeben hat, dass sich an den Daten gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G im Jahr 2016 nichts geändert hat. Damit wurden der Behörde die für eine Regulierungstätigkeit erforderlichen Informationen zu dem bereitgestellten audiovisuellen Mediendienst übermittelt wurden.

Insoweit geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei der Unterlassung der Vornahme der Aktualisierung gemäß § 9 Abs. 4 AMD-G um keine schwerwiegende Rechtsverletzung handelt (Spruchpunkt 2.).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die

den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 1.960/17-087“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 11. April 2017

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Susanne Lackner
(Vorsitzende-Stellvertreterin)

Zustellverfügung:

1. Tourismusverband Paznaun-Ischgl, Dorfstraße 43, A-6561 Ischgl, **per RSb**